

Barbara Duden und Sandra Mangini

Präsentation Villa Ichon, Bremen, 7.6.2011

Im Rahmen der „Kritischen Suchbewegungen“ mit

Johannes Beck, Gert Sautermeister und Gerhard Vinnai

Unkorrigierte Vortragsskizze für diese Veranstaltung

Alphaweibchen

und/oder Trümmerfrauen der Strukturanpassung:

Frauen, Familie, Arbeitsmarkt und Sozialstaat

Sandra Mangini singt: Eguaglianza

Das war Sandra Mangini aus Venedig, die sich auf die aussterbende Kunst der "Cantori" spezialisierte, einer besonderen Form der von Generation zu Generation überlieferten populären Kunst Italiens. Sandra erhielt ihre Ausbildung zur Schauspielerin und Regisseurin an der venezianischen Theaterakademie, lernte danach von Giovanna Marini, der Grande Dame des populären italienischen Liedgesangs die Raffinesse dieser Kunstform kennen. Sandra gastierte bereits viermal in Bremen. Zu Beginn sang sie ein Lied im norditalienischen Dialekt, das zuerst von Arbeiterinnen in den Reisfeldern des Piemont und der Lombardei gesungen wurde und dann, nach dem 2. Weltkrieg, in den heftigen Kämpfen der Landarbeiterinnen gegen ihre Arbeitsbedingungen gebräuchlich war. Ein Lied der Rebellion gegen die Padroni.

Dieses Lied ist eine Klage und auch eine Anklage gegen die Padroni. Es ist eine Klage, in der es um ein Verhältnis zwischen Menschen geht, nämlich zwischen dem Padron und den Arbeiterinnen. Besungen wird eine Form der Ausbeutung, die über eine direkte, wahrnehmbare Machtbeziehung verläuft. Es ist auch eine Machtbeziehung zwischen Männern und Frauen, wie wir dies noch in anderen Liedern hören werden: "Mein Padrone, ich arbeite, damit Du reich wirst!". In einem der Lieder singt die Frauenstimme: "Am frühen Morgen muss ich in die Reisfelder laufen, muss zwischen Insekten und Schnaken arbeiten, der Capo steht aufrecht mit seinem Stock und wir, die Arbeiterinnen, sind gebeugt im Wasser". Viele der Lieder dieser populären Tradition wurden in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts von italienischen Mondine, den Saisonarbeiterinnen des Reisanbaus, "erfunden". In solche Arbeitsverhältnisse, ehemals für italienische Frauen als Sklaven ihres Padrons, beugen sich heute ukrainische, rumänische, moldawische männliche Saisonarbeiter in den Tomaten- und Zwiebelfeldern.

Heute spricht niemand von der Arbeitslage von Frauen in Mitteleuropa als Sklaverei. Kein Ruf nach Freiheit ertönt. Ganz im Gegenteil scheint die Lage, insbesondere für junge Frauen, vielversprechend. Tove Soiland: "Vordergründig können junge Frauen alles tun. Wir haben, zumindest in den

Metropolen, kaum mehr Familienväter, die ihre Töchter davon abhalten wollen, einen technischen Beruf zu erlernen. Wir haben Schulen, die Mädchen auch in Mathematik und Naturwissenschaften fördern. Ein grosser Teil der Bevölkerung in zentraleuropäischen Ländern ist für eine Gleichstellung der Geschlechter. Bei den ganzen ökonomischen Restrukturierungen, die gegenwärtig in Gang sind, stehen Frauen im Zentrum." (Tove Soiland, WOZ 17. 28.4.2011) Aus den Padroni sind geschlechtsneutrale Führungskräfte, aus den Arbeiterinnen geschlechtsneutrale Beschäftigte geworden. Auch die Machtverhältnisse zwischen Führungskräften und Beschäftigten haben sich grundlegend verändert. Gleichfalls würden die Verbindungen zwischen den Beschäftigten heute kaum durch blutgetränkte Bänder getragen. Sandra und ich versuchen also vor Ihnen einen Dialog zu spannen, in dem die unendliche Distanz zwischen einem ausbeuterischen "gestern" und neuen Formen von Ausbeutung heute augenscheinlich wird.

Lassen Sie mich diesen Kontrast vertiefen, indem ich "Mona" zu Wort kommen lasse, eine Verkäuferin, die zwei Kinder, Melanie und Karsten, versorgt und beim Discounter PLUS arbeitet. Im Interview erzählt sie anschaulich von den stressigen Arbeitsbedingungen, die mit einer Unzahl betriebswirtschaftlicher Umstrukturierungen und Rationalisierung des Personaleinsatzes aufkamen: vom Einsparen von Personal durch den Abbau der Vollzeitbeschäftigten mit Festanstellung; sie wurden ersetzt durch "geringfügig Beschäftigte" mit "flexiblen Arbeitsverträgen", sie werden nach Stunden oder auf Abruf eingesetzt; Mona erzählt von der Zeitverdichtung unter der Arbeit, vom enormen Druck, vor allem dadurch, dass die Pausen wegfielen; sie berichtet, wie die Angst vor dem Jobverlust von der Unternehmensführung benutzt wird, um unbezahlte Mehrarbeit zu erzwingen: morgens schon eine Stunde eher, um die Käsetheke zu richten, abends noch putzen, weil die ehemaligen Putzstellen gestrichen wurden. Die Verkäuferinnen müssen nun alles selbst machen und dies zu einem Teil kalkuliert ausserhalb ihrer entlohten Arbeitszeit; Mona erzählt von den elektronisch gesteuerten automatischen Arbeitsabläufen zwischen Kasse und Regalen, von den unvorhersehbaren, plötzlich anbefohlenen Kassenstürzen und von der ununterbrochenen Kontrolle durch Überwachungskameras. In den Begriffen der Betriebswirtschaft lässt sich dieses System fassen als Leistungssteigerung, Leistungskontrolle, Intensivierung und Rationalisierung des Personaleinsatzes, Kostensenkung an allen Gliedern der Wertschöpfungskette und vor allem als Externalisierung der Betriebs-Kosten auf die unterbeschäftigten, mies bezahlten Frauen. Mona sagt am Schluss des Gesprächs auf die Frage, was sich verändert hätte:

"Ja, weil zwar mehr Personal da ist, aber die Stunden ja

weniger geworden sind, geringer geworden sind und die Arbeit mehr geworden ist. Der Umsatz, der schiesst immer weiter in die Höhe, die Kundschaft wird immer mehr, aber das Personal dementsprechend weniger. Man muss immer mehr Leistung bringen, und das ist dann nicht zu schaffen. Also wenn ich an die Anfangszeit denke, da habe ich ganze Tage gearbeitet und wirklich eineinhalb Stunden Mittagspause gemacht, bin immer in der Mittagspause auch tatsächlich mal rausgegangen... Das geht alles nicht mehr. Dann mach ich meine Pause eben da, mit der Gewissheit... irgendwie wieder an die Kasse gerufen zu werden oder ich werde dahin gerufen oder was. Und dann muss das und das und das, das muss ja alles noch erledigt sein... Es sind auch so viele Nacharbeiten, die noch erledigt werden müssen. Das Saubermachen ist dabei... (117) Wenn ich nur was hätte mit etwas mehr Ruhe und etwas weniger Druck,... das würde ich mir wünschen. Dass ich auch etwas ausgeglichener meiner Familie gegenüber sein könnte, dass ich auch wieder Beruf und privat doch viel mehr miteinander verbinden könnte." (113) (Tatjana Freytag, in: Schultheis/Schulz, Gesellschaft)

Die betriebswirtschaftliche Organisation der Beschäftigungsverhältnisse und der konkreten Arbeitsbedingungen bei PLUS sind objektiv und eigenmächtig, sie versachlichen Machtbeziehungen zwischen Menschen, machen sie unkenntlich. Die Beschäftigungsverhältnisse sind zugleich in einer Weise organisiert, dass die Möglichkeit der Anteilnahme zwischen den Beschäftigten vergiftet wird. Die systematische "Unterbeschäftigung" der flexibilisierten Teilzeitarbeiterinnen und Minijoberinnen versetzt sie in eine direkte Konkurrenz um die Aufstockung ihrer Stunden und fördert das Misstrauen untereinander. Dennoch, oder gerade deshalb, finden die Abhängigkeiten keine Stimme. Die Abhängigkeiten vom betriebswirtschaftlich Verwaltungsleiter ("BVL"), welcher die Unternehmensdirektiven nach unten durchsetzt, und die Empörung darüber, dass dieser nicht nur die Einsatzpläne jeweils neu dekretiert, sondern auch die Ziel- und Leistungsvereinbarungen der Geschäftsführung den beschäftigten Frauen als vertragliche Verpflichtung zur Unterschrift vorlegt, als ihre freiwillige "Soll-Übernahme". All das findet keine Stimme. An ein Lied zu denken, wäre absurd.

Sandra Mangini singt: Inno di lavoratori

Seit einiger Zeit denke ich über das Schweigen nach, mit dem die Machtverhältnisse in den elenden Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten, vor allem für Frauen, öffentlich belegt sind. Mich bewegen die offenbaren Barrieren für Frauen, ihrer spezifischen Betroffenheit als gering entlohnte, flexibilisierte Arbeitskräfte Gehör zu

verschaffen. Und, schliesslich, beunruhigt mich die Not, dass es kein Forum zu geben scheint, vor dem diese Frauen öffentliche Anklage erheben könnten. (Nota bene: die mediale Diskussion um die Arbeitsbedingungen beim Discounter letztes Jahr kamen durch Entlassungen und Einstellungsklagen zustande!) Es dünkt mich, als gäbe es kaum eine Wahrnehmung der Ungerechtigkeit, die in der Beziehung dieser unendlich vielen miesen einzelnen Arbeitsverträge zur Bereicherung weniger und kaum greifbarer Ausbeuter steckt. Damit Sie verstehen, dass Mona und PLUS keine Ausnahme sind, will ich Ihnen mit dem dürren Stoff der beschreibenden Statistik ein Inventar des Arbeitsmarktes umreissen, der vorzüglich Frauen vorbehalten ist. Die Zuflucht zur Statistik ist ein Notbehelf, doch in den Durchschnittszahlen wird die staatliche Ordnung des Geschlechterverhältnisses sichtbar, die allerdings strikt und durchgängig in geschlechtsneutraler Begrifflichkeit kodifiziert wird. Wie sieht der Arbeitsmarkt aus Frauenperspektive aus?

- Seit den 1990er Jahren steigt die Erwerbsarbeit von Frauen, von Hausfrauen, auch von Müttern mit Kindern. Sie arbeiten vor allem im Dienstleistungssektor, insbesondere personenbezogene Dienstleistungen, Reinigung, Distribution, Gastgewerbe, Gesundheitswesen.... Dieser Sektor des Arbeitsmarktes, der im Kontrast zur industriellen Produktion wächst, beschäftigt immer mehr Frauen in kürzeren, entlohnten Einsatz-Zeiten. Betriebswirtschaftlich ist diese Flexibilisierung eine Strategie, die Schwierigkeit zu brechen, dass die Dienste zwischen Menschen nicht endlos rationalisiert werden und deshalb die Profite nicht gesteigert werden können. In diesem Sektor kann im Kontrast zu anderen Sektoren kaum weiter durch Technik rationalisiert werden - eben wegen dieser "differentiellen Produktivität" im Vergleich von Dienstleistung und Produktion - sodass Profite weitgehend über Kostensenkung durch Personalabbau und Einsatz geringfügig Beschäftigter erwirtschaftet werden. Und dies ist der weibliche Arbeitsmarkt.

- Die gepriesene Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit bedeutete also nicht, dass diese nun "Normalarbeitsverhältnisse" bekommen - unbefristet, tarifvertraglich abgesichert, sozialversichert - vielmehr wurde durch flexibilisierte Teilzeit ein wachsendes Arbeitsmarktsegment im Niedriglohn geschaffen. In Zahlen: weniger als ein Viertel (23,1%) aller erwerbstätigen Frauen arbeitete 2008 "normal", das heisst 3/4 der Frauen waren in für sie typisch "a-typischen" Beschäftigungsverhältnissen tätig.

- schaut man auf das Gesamt aller sozialversicherungspflichtigen Voll- und Teilzeitarbeitsplätze erreichen Frauen nur 62,4% des Bruttoeinkommens von Männern (Wimbauer 146). Dabei müssen

wir bedenken, dass sich an den niedrigeren Durchschnittslöhnen von Frauen - etwa 19% niedriger - seit den 1970er Jahren nichts änderte, die Spanne sich vielmehr durch die spezifisch unsicheren, niedriglöhnigen Teilzeiten der Frauen erweiterte. Knapp 31 % der weiblichen Vollzeitbeschäftigten arbeiten für Niedriglöhne, bei den Männern liegt der Niedriglohnanteil mit 10% wesentlich niedriger.

- Die "Arbeitsmarktreformen" der rot-grünen Regierung Anfang des Jahrtausends schufen bewusst einen deregulierten, niedriglöhnigen Arbeitsmarkt von flexibilisierter Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung: Frauen stellen fast zwei Drittel der Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland. Die Häufung niedriglöhniger Teilzeitbeschäftigung von Frauen ist nicht, wie man meinen könnte, eine Hilfe für deren Problem der "Vereinbarkeit", sondern ein Instrument innerbetrieblicher Kostensenkung und Intensivierung, "um Betriebszeiten und Arbeitsvolumen flexibel an die betrieblichen Bedarfe anzupassen."

- Mit den "Mini-Jobs" wurde es rechtlich möglich, die Kosten der Arbeitskraft zusätzlich zu senken, da die Arbeitsgeber keine Sozialversicherung zahlen müssen. Die meisten Frauen gewinnen also auch keinen "individuellen Zugang" zu den Versicherungssystemen. Dass die Altersarmut weiblich sein wird, ist damit vorherbestimmt.

- Umfragen zeigen, dass die meisten Frauen längere Erwerbsarbeitszeiten bräuchten und wünschten, da sie ihren Lebensunterhalt aus ihrem Einkommen bestreiten müssen. Allerdings können sie längere Beschäftigungszeiten schwer bekommen.

- Hören Sie das Fazit von Claudia Weinkopf, einer Kennerin der Arbeitsmarkt-Forschung: "Zwar ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen, aber dies hat nicht dazu geführt, dass auf sie nunmehr ein höherer Anteil der bezahlten Arbeit entfällt. Vielmehr arbeiten immer mehr Frauen immer kürzer - die Erwerbsarbeit ist also nicht zwischen Männern und Frauen umverteilt worden, sondern zwischen den Frauen selbst" (Weinkopf 137)

In der Öffentlichkeit aber dient die "Zunahme der weiblichen Erwerbsarbeit" als Fahne der staatlichen Frauenpolitik und vermittelt den Anschein, sie sei ein positives Gut, das mit Fortschritt und Emanzipation, Gleichheit und dem Ende der Abhängigkeiten vom Ehemann assoziiert wird. Über die "Privatsphäre" wird so nachgedacht, als bestünde sie allein aus Erwerbsarbeit und Freizeit. Die gesamten Hausarbeiten sind aus dem Begriff von "Arbeit" im öffentlichen Reden der Politiker gestrichen.

Unsichere Arbeitsplätze betreffen auch Männer, vor allem Jugendliche, Berufsanfänger und Migrantinnen, aber Frauen

befinden sich, wie an der Statistik sichtbar wird, häufiger, ja überwältigend, also offenbar grundsätzlich in diesen Sektoren des Arbeitsmarktes ghettoisiert.

Ich fasse zusammen: ich habe zwei im Grunde unvergleichbare Perspektiven oder Sichtweisen angeführt, um jeweils zwei verschiedene und doch zusammenhängende Verhältnisse von Ausbeutung besprechbar zu machen: einerseits die persönliche Klage von "Mona" über Arbeitshetze und Überanstrengung... Hierbei geht es um die Weise, wie Frauen konkret ausgenutzt werden. Andererseits habe ich eine Brille aufgesetzt, die schon seit langem die Perspektive des Staates auf die Bevölkerung und Bevölkerungsteile ist. Aus dieser Perspektive lässt sich Ausbeutung verstehen als eine Frage nach der Funktion oder Nutzbarkeit von Bevölkerungsgruppen für eine soziale Marktwirtschaft, also eine staatlich gerahmte kapitalistische Ökonomie. Ich vermute, dass die Problematik der fehlenden öffentlichen Klage und dass es kein öffentliches Forum gibt für sie, in einen Zusammenhang gestellt werden muss mit der staatlich-ökonomischen Organisation unserer Gesellschaft. Hier verketteten sich die Gleichzeitigkeit der Sprachlosigkeit, die geschlechtsneutrale Rhetorik in Sozialrecht und Sozialpolitik und, schliesslich drittens, die in der statistischen Perspektive sichtbare "Feminisierung" einer Existenzweise, in der die Erwerbsarbeit meistens nicht zur individuellen Existenzsicherung führt und dies offenbar in der sozialen Marktwirtschaft auch nicht vorgesehen ist.

Diese Perspektive auf die Frauen zu werfen, bin ich durch eine kanadische Sozialwissenschaftlerin, nämlich Janine Brodie, angeregt worden. Deren Analyse der Logik und der Wirkungen von "Reformen" des Sozialstaats - nämlich eine perverse Kombination von geschlechtsneutraler Rede und einkalkulierter "Feminisierung der Lasten" - werde ich Ihnen gleich vorstellen. Doch zunächst Sandra Mangini.

Sandra Mangini singt: Padrone Mio (Matteo Salvatore, einem Dichter aus Apulien, aus den 1950er Jahren).

Wir müssen die "Reformen des Sozialstaats" einbeziehen, um die eigentümliche Lage von Frauen zu fokussieren. Daher greife ich nun auf Janine Brodie zurück, eine Sozialwissenschaftlerin und Ökonomin. Sie analysierte die Systematik in den Reformen des Sozialstaates und deren intendierte politisch-ökonomische Folgen. Ich zitiere ihre These: Die Sozialstaatsreformen "beinhalten sowohl die Neudefinition dessen, was soziale Probleme sind, als auch die Neuverteilung der Zuständigkeiten für menschliche Bedürfnisse zwischen öffentlicher und privater Sphäre sowie zwischen Staat, Markt, Familie und andersweitig bestimmten Gemeinschaften" (Brodie, 19). ((Lessenich:

Verantwortlichmachen, neue Moralökonomie)) Was sagt sie damit? Die Zuständigkeiten oder Verantwortlichkeiten für die Sicherung der Existenz zwischen Staat, Markt und Haushalten werden seit den 1980er und dramatisch seit den 1990er Jahren neu geordnet und zwar in einer Richtung, in der bisherige staatliche Sorgeleistungen und Absicherungen nunmehr entweder an die privaten Haushalte und/oder den Dienstleistungsmarkt verwiesen werden; wir könnten auch sagen: die staatlichen Instanzen entledigen sich von Verantwortungen, die sie bisher in verschiedener Weise als gesellschaftliche Aufgaben anerkannt und mit finanziellen Transferleistungen gesichert hatten ((Steuersystem, Versicherung, staatliche Finanzierung von Kindergärten, Unterhaltsansprüche der Ehefrau bei Scheidung etc.)) Brodie behauptet, seit den 1970er Jahren sei die Grenze zwischen "Privater" und "Öffentlicher" Verantwortlichkeit völlig neu definiert worden - sei es finanziell oder in Bezug auf die beanspruchte Zeit etc.. Der "neosoziale" Sozialstaat sieht vor, dass die private Sphäre das Vakuum des sozialstaatlichen Rückzugs oder Umbaus übernehmen soll. Die Re-Definition des "Öffentlichen" schafft umgekehrt eine Neubestimmung der Pflichten "im Privaten".

Diese Grenzziehung um "privat" und "öffentlich" wird meist mit dem Versprechen einer grösseren Gleichheit zwischen Männern und Frauen verhandelt und zwar in einer Rhetorik, die "gleichzeitig auf die Auslöschung und die Neueinsetzung von Frauen als hauptsächliches Subjekt sozialstaatlicher Reformen abzielt" (Brodie, 20). Unter dem Diktum, Gleichheit zu fördern, wird z.B. derzeit darüber verhandelt, ob der Mutterpass als Elternpass bezeichnet werden soll - obgleich der Mutterpass, wie Sie wissen, nur Mütter kontrolliert. So ähnlich verhält es sich mit der öffentlichen Rhetorik des Sozialstaatsumbaus. Den sozialstaatlichen Reformen liegt das Modell eines neuen Menschenbildes zugrunde: der geschlechtslose, bindingslose, autonome, individuelle Erwerbstätige. So wird die Tatsache, dass es Frauen und Männer gibt und diese unterschiedliche Belange haben, zu einer privaten Angelegenheit. Brodie sagt: das Geschlecht der Bürger "erodiert" (25). Zugleich setzen die Sozialstaatsreformen jedoch eine neue Art von Beziehungen zwischen Menschen voraus, die für den Umbau der "anonymen Umlagesysteme der Sozialversicherung" aufkommen und an deren Stelle treten sollen. Kanzler Schröder hat dies 2002 klar formuliert: "eine solidarische Gesellschaft kann überhaupt erst aus einer solidarischen Familie entstehen" (Karo, Vortrag 3). Schröder war sich wahrscheinlich nicht bewusst, dass sein Satz simultan die Verantwortlichmachung von Frauen verschweigt während sie zugleich als Verantwortliche für konkrete Solidarität einsetzt werden. Denn wer wird adressiert, wenn an die "solidarische Familie" appelliert wird? Von allem was man weiss über die anfallenden Arbeiten im Privaten, Kochen, Putzen, Waschen, Bügeln,

Zuhören, Kinderaufziehen, das Geschenk für die Schwiegermutter aussuchen und den etwas trottelligen Schwiegervater versorgen - dafür waren und sind weitgehend Frauen zuständig. Die solidarische Familie, und das heisst die Frauen, sollen einspringen für die Kürzungen von Sozialstaat und am Arbeitsmarkt. Konkret denke ich an die Kürzungen des Familienlohns, die Kürzungen im Gesundheitswesen, die Kürzung der Renten, die Kürzung der 300 Euro "Elterngeld" für junge Mütter unter Hartz IV und so fort. Brodie fasst diese Verschiebung von Lasten in die Haushalte und damit stillschweigend auf die Schultern von Frauen in einer guten Formel, wenn sie sagt, dass damit eine "gleichzeitige Erodierung und Intensivierung von Geschlecht" (25) stattfindet.

Ich möchte nun versuchen, eine Brücke zu schlagen zwischen Brodies Analyse der Wirkungen von Sozialstaatsreformen und der speziellen Lage von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und in den Haushalten. Dazu werde ich zwei Sozialstaatsreformen etwas genauer kommentieren. Zuvor wird Sandra zwei Lieder präsentieren.

Sandra Mangini singt: canto di nozze und ninananna di Gorino di Mesola ((ein Hochzeitslied, das in tiefem Dialekt von der Trauer der jungen Frau beim Übergang in den ehelichen Status zeugt; das zweite ein "Ninnananna", ein traditionelles Schlafliedchen aus Ferrara mit dem starken Ausdruck der Mutter, die müd ist und die ihr Kind als letzte Arbeit des Tages in den Schlaf wiegt))

Nun zu meinem ersten Beispiel: **Hartz IV** zur Illustration für diese Doppelung des Verantwortlichmachens der Haushalte durch die Sozialstaats-Reformen. Bei Hartz IV müssen wir verstehen, dass es einerseits so aussieht, als seien nun auch die Frauen wie die Männer "individualisiert", zu ihrer Existenzsicherung sind sie auf den Erwerbsarbeitsmarkt verwiesen; Frauen müssen erwerbsarbeiten, u.a. auch, weil die bisherigen finanziellen Anrechte auf Unterhalt über eine Ehe, also bei Verwitwung oder Scheidung, gestrichen oder gekürzt wurden. Frauen sind also konzeptuell den Männern gleiche Individuen mit dem Zwang, über den Erwerbsarbeitsmarkt ihr Auskommen zu finden. Andererseits zeigt sich, wie die Arbeitsagentur unter Hartz IV die Beziehungen zwischen Menschen restrukturiert und bei Erwerbslosigkeit die Frauen wiederum auf eheliche Unterstützung verweist.¹ In

¹ Karo, FN 17: "Diese Art der Bedürfnisprüfung führt, obwohl sie geschlechtsneutral formuliert ist und Frauen und Männer theoretisch gleichermassen betrifft, dazu, dass besonders Frauen schlechteren Zugang zu Leistungen erhalten. Denn aufgrund ihrer schlechteren Arbeitsmarktintegration, häufigerer Teilzeittätigkeit und geringerer Einkommen ist bei ihnen die Wahrscheinlichkeit höher, einen erwerbstätigen

der Erwerbslosigkeit werden sie oft nicht als "Erwerbsarbeitende" anerkannt, von weiterqualifizierenden Förderungen und von Geldbezügen ausgeschlossen, denn nur wer Geldleistungen erhält, ist auch für die Bundesagentur kranken-, renten- und pflegeversichert. Hier werden sie als Ehe- und Familienfrauen behandelt. Aber ebenso wird eine Hausfrau, falls ihr arbeitsloser Mann keinen Arbeitsplatz findet, als Familienernährerin auf den geschlechtersegregierten Arbeitsmarkt verwiesen, in den Dienstleistungssektor, in die Altenpflege. Aus Sicht der Instanzen von Hartz IV erscheinen die Haushalte je nach Problemlage manchmal öffentlich und manchmal privat. Diese Janusgesichtigkeit im Hin- und Hergeschobenwerden betrifft vor allem Frauen. Das Primat der Kostensenkung von Sozialleistungen durch die geschlechtsneutral formulierten "Reformen" der Sozialpolitik aktiviert sie mal individuell, mal werden sie in die finanzielle Abhängigkeit des Ehemannes/Partners zurückverwiesen und verlieren dabei auch noch den Anspruch auf Rentenzahlungen. (Karo, 13: "So ergibt sich das eigenartige Bild, dass Frauen als Antragstellerinnen häufig auf ihre Partner verwiesen werden und von den 'Massnahmen zur Arbeitsmarktintegration' ausgeschlossen werden, aber als Teil der Bedarfsgemeinschaft wieder als billige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen müssen").

Schliesslich, will ich eine andere Facette der "Erosion" von Geschlecht durch eine durchgängig geschlechtsneutrale Rhetorik simultan mit einer gezielten Indienstnahme von Frauen - hier ihrer unbezahlten häuslichen Sorgeleistungen - an der **Pflegeversicherung** veranschaulichen. In Deutschland wurden 2003 gut ein Drittel der Pflegebedürftigen in Institutionen (stationär) und zwei Drittel zu Hause von ihren Angehörigen und ambulanten Diensten versorgt. Die häusliche Pflege durch Angehörige macht den Löwenanteil aus, denn 1 Million, also zwei Drittel von 1,5 Millionen Menschen werden von Angehörigen versorgt. Wir sprechen bei dieser häuslich geleisteten Pflegearbeit in Deutschland über einen zeitlichen Umfang von neun Milliarden Stunden jährlich (Stiegler 2009: 28), das entspricht rund 3,2 Millionen Vollzeitarbeitsplätzen und je nachdem welcher Lohn hypothetisch unterstellt wird, müssen wir an 30,7 bis zu 59,8 Milliarden Euro denken. Kein Wunder, dass das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz von 2008 unter dem Motto "häuslich vor stationär" stand - was auch den Wünschen der Gepflegten entspricht. Die Pflegeversicherung, die 1995 als letzte Säule des Sozialversicherungssystems eingeführt wurde, funktioniert nach dem Prinzip der Budgetierung, der Ausgabendeckelung, berücksichtigt also nicht die Bedarfe. Auch geht die

Partner zu haben, der über ein anrechenbares Einkommen verfügt" (Wersig u.a. 2006: 302).

finanzielle Zuwendung für ambulante, d.h. häusliche, Pflege nach den Pflegestufen an die Gebrechlichen, nicht jedoch die Pflegenden. Die Zahlungen sind also keine direkte finanzielle Leistung für die hauptsächlich pflegenden Angehörigen, überwältigend Frauen und zwar vor allem Frauen, die nur geringfügig beschäftigt sind oder nicht erwerbstätig. Die augenscheinliche Überlastung bei gleichzeitiger Erwerbs- und Pflegearbeit brachte die grosse Koalition auf den Gedanken, ein "Recht" auf kurzfristigen Ausstieg aus der Erwerbsarbeit für Frauen, genannt "Pflegezeit", vorzusehen. Die Möglichkeit eines unbezahlten zeitweiligen Ausstiegs aus der Erwerbsarbeit, ohne Gehaltsfortzahlung (allein die sozialversicherungsrechtliche Absicherung wird in einem bestimmten Umfang von den Pflegekassen übernommen)). Offenbar geht der Gesetzgeber stillschweigend von maximal teilzeiterwerbstätigen und über ihre Männer abgesicherten Frauen aus, die den Löwenanteil der Pflege ohne Bezahlung stemmen. Die staatlicherseits vorgesehene "Pflegezeit" läuft auf eine Einladung zum Berufsausstieg für Frauen ohne finanziellen Ausgleich hinaus.

Wenn die Frau nicht auf eine "24-Stunden-Polin" oder Ukrainerin zurückgreift, die auf dem schlecht bezahlten, tatsächlich illegalisierten Schattensektor der häuslichen Pflege zu haben ist. Denn in Polen und ungleich härter noch in der Ukraine ist die Arbeitsmigration von Haus-Frauen in domestic services im Westen Teil der Strategie ihrer Familien, den dringlichen Geldbedarf bei verringerten Einkommen und hoher Erwerbslosigkeit von Frauen auf dem Umweg über die Altenpflege oder Putzdienste in Deutschland zu bewerkstelligen. Globale Versorgungslücken!! und Versorgungsketten.

Sandra Mangini singt: Bella Ciao Mondine (ein Lied ganz junger, unverheirateter Reisarbeiterinnen, die als Saisonarbeiterinnen für drei Monate auf den Feldern in Norditalien arbeiten. Um 1950).

Je länger wir dieses Duett vortragen, umso peinlicher wird mir der unvermeidliche Bruch zwischen Sandras konkreten Gesängen, hier von Zanzare und Stechmücken, und meinen abstrakten Fernsichten. Denn nun, zum Schluss, muss ich das riesige Terrain der unbezahlten häuslichen Leistungen von Frauen umreissen, weil die ökonomische und soziale Politik offenbar damit als unerschöpflichem Reservoir rechnet. Die knapp angerissenen "Reformen" des Sozialstaats, die auf die solidarische "Familie" zählen, aber ebenso der "individualisierende" Arbeitsmarkt mit überwältigend nicht-existenzsichernden Beschäftigungsverhältnissen und "Zuverdiensten" im weiblichen Dienstleistungssektor und ebenso der Umbau der gesellschaftlichen Ordnung in eine Wettbewerbsgesellschaft - spekulieren, kalkulieren damit, so muss man wohl sagen,

diese Reserven anzuzapfen. Deshalb will ich Ihnen an wenigen dünnen Zahlen eine Vorstellung vermitteln über das enorme Ausmass der in den privaten Haushalten verrichteten, lebensnotwendigen Versorgungs-Tätigkeiten. Das nicht öffentlich thematisierte, verschwiegene Fundament, auf dem die gesamte formelle Ökonomie aufbaut.

Die Zahlen sollen nur annähernd Grössenordnungen verdeutlichen und sie sollen plausibel machen, dass es irreführend ist, die Sachlagen als ein Problem der "Vereinbarkeit" für Frauen zu denken oder gar als noch ungelöstes Problem des partnerschaftlichen Aushandelns der Arbeitsteilung im Privaten zu trivialisieren. Die unbezahlte Hausarbeit ist ein ökonomisches Faktum, das unglaublich viel Zeit braucht und volkswirtschaftlich riesige Summen einspart. Ich nehme zur Illustration die Zeitbudgetstudie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von 2003. Zunächst und erstaunlich: Frauen und Männer zusammen wenden mehr Zeit für unbezahlte Arbeiten im Haushalt auf als für Erwerbsarbeiten! Allerdings zeigt der Vergleich zwischen Frauen und Männern, dass Frauen mit knapp 31 Stunden (pro Woche) deutlich mehr unbezahlte Arbeit leisten als Männer mit durchschnittlich wöchentlich 19 Stunden. Entsprechend verwenden Männer im Durchschnitt 22,1/2 Stunden auf die Erwerbsarbeit, Frauen ungefähr die Hälfte, nämlich 12 Stunden pro Woche. Dies sind Durchschnittszahlen. Wenn Frauen Kinder und Alte versorgen, kürzen sie gewöhnlich ihre Erwerbsarbeitszeiten, falls dies finanziell möglich ist. Nun zu den Grössenordnungen: insgesamt sprechen wir für Deutschland über 96 Milliarden Stunden geleisteter unbezahlter Arbeit und 56 Milliarden geleisteter Erwerbsarbeit jährlich. Im Vergleich nimmt die unbezahlte Hausarbeit ungefähr das 1,7 fache an Zeit wie die Erwerbsarbeit. Wenn man diese Stunden nun mit dem Nettostundenlohn einer Hauswirtschafterin oder eines Hauswirtschafters bewertet, was die Zeitbudgetstudie tat, der mit 7 Euro angesetzt wurde, sprechen wir über 96 Milliarden Stunden, in denen neben der Erwerbsarbeit gearbeitet wurde. Diese belaufen sich auf einen "annähernden, unvorstellbaren monetären Gegenwert von 684 Milliarden Euro" (Karo, Vortrag). Diese tauchen in keiner volkswirtschaftlichen Rechnung auf. Andererseits wird so verständlich, weshalb die "solidarische Familie" zum Auffang-becken für die Sozialstaats-Kürzungen vorgesehen ist. Ökonomisch gedacht stellen die unbezahlten familiären oder häuslichen Leistungen ohne bedeutende Ausgleichszahlungen und mehrheitlich von Frauen erbracht, augenscheinlich die kostengünstigste Variante für diese existentiell nötigen und gesellschaftlich unverzichtbaren Arbeiten dar.

Wenn wir über Kostensenkungen sozialstaatlicher Leistungen, über Stellenabbau gerade auch im Öffentlichen

Sektor, in dem viele Frauen beschäftigt sind, über Kostensenkungen durch betriebliche Restrukturierungen des Arbeitskräfteeinsatzes oder über Privatisierungen im Gesundheitswesen nachdenken, sollten wir uns immer fragen, ob und wie damit eine Mehrbelastbarkeit von Frauen einkalkuliert wurde und ob eine Mehrbelastung von deren Arbeitskapazität daraus folgt. Nur als ein Beispiel nenne ich die Kostensenkung im Krankenhauswesen: die zügige, immer raschere Entlassung von kaum ausgeheilten Patienten zum Beispiel, rechnet unausgesprochen mit den pflegenden Frauen zuhause. Die Volumina solcher re-privatisierter Sorgetätigkeiten müssten, so meine ich, geldlich präzise bewertet werden, um zu verstehen, dass betriebliche "Kostensenkungen" als Externalisierung von Kosten durch deren "Familialisierung" und Verhausfrauisierung interpretiert werden kann.

Die Frauen selbst kommen dabei vom Regen in die Traufe: eingezwängt zwischen der wachsenden Notwendigkeit, durch Lohnarbeit zur Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse aufzukommen, unter dem Zwang erwerbspflichtig zu sein, meist ohne dabei auf ein existenzsicherndes Minimum zu kommen und mit dem zunehmenden Druck, der auf ihrer unbezahlten Hausarbeit lastet.

Schluss:

Lassen Sie mich bündeln: Die Klagelieder der Frauen von "gestern" sind verklungen, sie finden heute kein Forum für ihre Stimme, weder untereinander, miteinander noch vor jemand anderem. Allenfalls werden die Myriaden an Möglichkeiten besungen, die Frauen heute vermeintlich offen stehen, sofern sie ihr Leben selbst in die Hand nehmen und entdecken, dass sie bisher unausgeschöpfte "Ressourcen" haben. Dass die Frauen tatsächlich eine Ressource sind, jedoch ganz anderer Art, und wie darüber zu besprechen wäre, frage ich mich schon seit längerem.

Ich habe drei analytische Perspektiven eingenommen, um die spezifische Betroffenheit von Frauen zu beleuchten: Die alte staatliche "Sicht" auf das statistische Inventar der Bevölkerung; Janine Brodies Sehepunkt, der sich an den Sozialstaatsreformen und ihrer intendierten Wirkung orientiert im Hinblick auf die Neuordnung der Zuständigkeiten zwischen Staat, Markt und Haushalten; und schließlich Stimmen für den Kontrast zwischen zwei historisch verschiedenen Weisen des Verhältnisses zwischen Führungskräften und Beschäftigten, sowie zwischen den Beschäftigten untereinander. Diese drei Perspektiven möchte ich nun darauf abklopfen, inwieweit sie mir hilfreich zu sein scheinen, um zu verstehen, woran und wie über das Verstummen der Frauenklage und/oder das Verschwinden eines Forums für ihre Klage nachzudenken wäre.

Die statistische Perspektive zeigt frappierend deutlich,

dass in der Ordnung der heutigen BRD die Frauen besondere Aufgaben des "sozialen" Lebens "wahrnehmen": sie sind vornehmlich im Dienstleistungssektor tätig und konkurrieren untereinander und mit einem kleinen Teil der Männer um die niedriglöhnigen, flexibilisierten, oft nicht sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeiten. Zusätzlich leisten sie den Großteil der unbezahlten Arbeiten in den Haushalten, vor allem Kochen, Putzen, Waschen, Zuhören usw. Der von ihnen geleistete, im BIP nicht berechnete Anteil zur Wohlfahrt übersteigt die staatlichen Ausgaben an Sozialleistungen. Über die Haushaltslöcher auf Seiten der Frauen wird jedoch nicht geredet. Die Perspektive der Statistik zeigt die gesellschaftliche Einordnung der Frauen als Teil der Bevölkerung. Es scheint mir aber absurd, sich in diese "Sicht" einzufühlen, von dort aus zu erwarten, dass die Frauen sich empören und An-Klage erheben sollten. ((epistemische Sentimentalität: man kann sich nicht in Statistiken einfühlen))

Janine Brodies Perspektive auf die Sozialstaatsreformen und ihre Implikationen für die Grenzziehung zwischen dem, was von öffentlichem Interesse ist, was also der Seite der Regierung unmittelbar zufällt einerseits, andererseits dem nur mittelbaren Jenseits der Regierung, der Privatsphäre, hat eine sehr andere Sicht ermöglicht. Auch Brodie zeigt, dass Frauen gesellschaftsweit von den Sozialstaatsreformen seit den 1970er Jahren spezifisch betroffen sind, vor allem aufgrund der Gegensätzlichkeit (Antinomie) zweier Ansatzpunkte der Reformen: der Neuordnung der Beziehung zwischen Regierung und Regiertem auf der Grundlage eines neuen Menschenbildes vom erwerbstätigen, bindungslosen Individuum einerseits, und andererseits die Ersetzung des jahrhundertalten Solidarprinzips der Umverteilung, ehemals eine Weise *soziale* Gerechtigkeit herzustellen, indem Ungleichheit abgebaut würde, durch das Rechnen mit einer kostenlosen "solidarischen Familie". Ungleichheit zu bekämpfen bekommt dabei einen neuen Modus der In-Recht-Setzung nämlich als Neutralisierung oder Erodierung von Geschlecht. Die "solidarische Familie", und das meint in erster Linie die Frauen, springt ein für die Kürzungen der Sozialleistungen - und tut dies simultan mit dem Entzug bisheriger finanzieller Stützungen.

Zum Schluss möchte ich die Frage nochmals aufnehmen, unter deren Stern wir diesen Abend und ich meine Ausführungen gestellt haben. Woran liegt es, dass die Klage und Anklage der Frauen verstummt ist? Gibt es kein Forum für ihre Klage, niemand an den sie sich wenden könnten? Liegt die beinahe Unmöglichkeit für sie, darüber zu klagen, mit welchem Stress, Druck und welcher Hetze, mit welchen energieverzehrenden Folgen die politischen und ökonomischen Umsteuerungen sie stillschweigend belasten, daran, dass die Solidarität, mit welcher die Politik in Bezug auf die

"Private Sphäre" rechnet, im Konkreten und Persönlichen mit Vertrauen, Liebhaben und Sorgen von Frauen für ihre Nächsten aufs Engste verknüpft wird? Ich frage mich also, ob eine Klage unmöglich ist, weil die praktizierte Grossherzigkeit Kindern, Alten und Männern gegenüber doch auch ein Geschenk ist. Wenn diese nun politisch zur Kostensenkung kalkuliert einbezogen und vernutzt wird, lässt sich über diese Ausbeutung des Sorgens und Liebhabens schwer sprechen. Ich grübele, ob die "Autotomie", das gezielte, politisch intendierte Hinüberschieben der Verantwortung der Existenzsicherung ins "Private", also weitgehend an die Frauen, deshalb nicht be- und angeklagt werden kann, weil das sich verantwortlich fühlen den Nächsten gegenüber einer historisch gewordenen Selbstwahrnehmung von Frauen entspricht?

Sandra Mangini singt: Ama que ti ama (das Lied einer Reisarbeiterin über die Liebe, entstanden um 1950 und in den 1968 viel gesungen)

Sandra Mangini: Egualianza (Lied 1)

"Wir werden Missetäterinnen genannt und wir sind Arbeiterinnen,
die keine Padroni wollen.

Schluss mit der Sklaverei!

Wir wollen die Freiheit, wir sind Arbeiterinnen und wollen die Freiheit.

Und wir Frauen schwenken die blutgetränkten Bänder
und bauen Barrikaden für die wirkliche Freiheit.
Und obwohl wir Frauen sind, haben wir keine Furcht,
aus Liebe zu unseren Töchtern, verbünden wir uns."